



Kann diese Frau Ceta stoppen?



FREIHANDEL Juso-Chefin Johanna Uekermann ist die schärfste Ceta-Gegnerin in der SPD. Der Parteikonvent muss das Abkommen am Montag kippen, fordert sie im Interview. Dann wird es eng für Parteichef Gabriel

Editorial

Nicht für oder gegen Flüchtlinge, die AfD, den „Islamischen Staat“, Trump, Putin oder Erdoğan gehen die Leute massenweise auf die Straßen. Nein, ausgerechnet zwei Freihandelsabkommen mit befreundeten Nationen und sperrigen Namen mobilisieren in Deutschland und anderswo derzeit mehr Leute als alles andere.

Das Irre ist: Die anderen Themen dominieren die Nachrichten, sie sind viel emotionaler. Aber so richtig regen sich die Leute über den Vertrag zwischen Europa und Kanada auf, in dem der als topliberal geltende Beau Justin Trudeau regiert.

Die Demonstranten in Deutschland bewegt etwas ganz Grundsätzliches: Sie fürchten, dass die Abkommen mit Kanada und den USA die Demokratien Europas aushebeln – und gleichzeitig multinationale Konzerne pampfern. Deshalb werden an diesem Samstag in sieben deutschen Städten wieder Hunderttausende ihre Plakate ausrollen. Und nicht gegen den Krieg in Syrien, sondern gegen TTIP und Ceta durch die Innenstädte spazieren. Die Proteste sind damit so mächtig wie einst die gegen die Stationierung von Atomwaffen, den Transport von Castoren oder die Globalisierung.

Warum lesen Sie heute acht Extraseiten zu Ceta und TTIP? Weil die Lage an diesem 17. September hochspannend ist. Dazu präsentieren wir Ihnen eine wichtige Stimme: Wir haben Johanna Uekermann interviewt – die wohl größte Ceta-Kritikern. Wenn die Juso-Chefin am kommenden Montag auf dem SPD-Parteikonvent die Delegierten hinter sich bringt, ist nicht nur Ceta erst mal weg vom Fenster. Auch für Parteichef Sigmar Gabriel und seine Kanzlerambitionen wird es dann verdammt eng.

Außerdem beschreiben wir, was passiert, wenn Rechtsnationale plötzlich mit Linken gegen Freihandel demonstrieren wollen. Wir haben für Sie ein Chlorhühnchen gebraten, verraten, wie man mit Ceta einen Zwergstaat verklagen kann – und was am Abkommen mit Kanada doch nicht ganz so übel ist.

Und zum Schluss bieten wir Ihnen einen Überblick über die Protestlocations.

Anregende Lektüre wünscht Ihnen das **Ressort Wirtschaft + Umwelt**.



Ceta-Konvent der SPD: Showdown oder Kompromiss?

KONFLIKT Am Montag trifft die freihandelsfreundliche Parteiführung auf die kritische Basis. Gabriel will eine Niederlage verhindern – und das Abkommen durchbringen

VON MALTE KREUTZFELDT

Die Zeiten, als Handelspolitik nur ein Thema für wenige Experten war, sind vorbei: Wenn die Delegierten des SPD-Konvents – so heißt bei den Sozialdemokraten der „kleine Parteitag“ – am Montag in Wolfsburg zusammenkommen, werden sie sich über mangelndes Interesse nicht beschweren können. Fans und Gegner von Ceta, dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, werden genau beobachten, was der Konvent beschließt – denn sein Votum ist mitentscheidend dafür, ob und wie es mit Ceta weitergeht.

Bisher stehen sich zwei Positionen recht unversöhnlich gegenüber. Auf der einen Seite der Parteivorstand: Er erklärt in seinem Leitartikel zum Konvent, angesichts der großen „Fortschritte“ sei eine Zustimmung zu Ceta im EU-Ministerrat „gerechtfertigt“. Und auch mit

dem Plan der EU-Kommission, das Abkommen schon vorläufig anzuwenden, bevor die nationalen Parlamente zugestimmt haben, ist die Parteispitze einverstanden. Lediglich der besonders umstrittene Investitionsschutz, mit dem Unternehmen gegen Gesetze klagen können, von denen sie sich diskriminiert fühlen, soll von der vorläufigen Anwendung ausgenommen werden. Um den Kritikern entgegenzukommen, findet sich zwar auch im Vorstandsantrag die Forderung, Ceta noch an einigen Punkten nachzubessern. Doch das soll im Rahmen der Ratifizierung in den Parlamenten passieren.

Auf der anderen Seite stehen 49 weitere Anträge, die die Ratifizierung oder die vorläufige Anwendung von Ceta ablehnen. Sie stammen nicht nur von diversen regionalen SPD-Gliederungen, sondern auch von wichtigen bundesweiten Gruppen wie den Jusos, der einflussreichen

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen oder der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen. Diese beschreibt in ihrem Antrag beispielsweise ausführlich, welche Gefahren ihrer Ansicht nach vom geplanten permanenten Handelsgericht ausgehen – und fordern als Konsequenz, „auf europäischer und nationaler Ebene eine vorläufige Anwendbarkeit, die Unterzeichnung und die Ratifizierung von Ceta in der Fassung vom 20.02.2016 abzulehnen“. Einige Anträge fordern auch einen Mitgliederentscheid über Ceta.

Wie viele Delegierte sich mit der Aussicht auf mögliche spätere Ergänzungen von Ceta im parlamentarischen Verfahren zufriedengeben, ist im Vorfeld schwer einzuschätzen. SPD-Chef Sigmar Gabriel bemüht sich nach Kräften darum, die Kritiker von der Ernsthaftigkeit dieser Pläne zu überzeugen: Er ist in dieser Woche eigens nach Kanada gereist, um der dortigen Regierung Zugeständnisse abzurufen. Beim Konvent in Wolfsburg soll die kanadische Handelsministerin Chrystia Freeland die Delegierten persönlich über die Ergebnisse informieren.

Die Kritiker halten diese Ankündigungen für Augenwischerei. Nachdem an diesem Samstag bereits in sieben Städten gegen Ceta demonstriert wird, wollen AktivistInnen auch direkt vor dem Konvent an die Glaubwürdigkeit der Partei appellieren – und eine Ablehnung von Ceta verlangen.

Auch wenn die Positionen schwer vereinbar scheinen, ist ein Kompromiss denkbar, mit dem ein Teil der Kritiker wohl leben könnte: Gabriel könnte grünes Licht für die Zustimmung im Ministerrat und die Unterzeichnung von Ceta durch die Bundesregierung bekommen – doch im Gegenzug dürfte das komplette Abkommen erst angewendet werden, wenn auch die nationalen Parlamente zugestimmt haben. Das würde die Wahrscheinlichkeit, dass die Forderungen der deutschen SPD tatsächlich umgesetzt werden, deutlich erhöhen.

Dafür plädiert die Grundwertekommission der Partei, die beim Vorstand angesiedelt ist und von Gesine Schwan geleitet wird. Wegen „der grundsätzlichen Bedeutung dieses Abkommens und den weiter bestehenden Unklarheiten“ wäre ein Verzicht auf das vorläufige Inkrafttreten „sachlich begründet erforderlich und ein Akt politischer Klugheit“, heißt es in einer Stellungnahme, die die Kommission in dieser Woche veröffentlichte.

Mit diesem Vorschlag leben könnte auch der Vorsitzende der parlamentarischen Linken der SPD, Matthias Miersch, der Ceta in der Vergangenheit scharf kritisiert hatte. „Das ist eine Lösung, hinter der sich die Partei versammeln kann“, sagte er der taz. „Durch den vollständigen Verzicht auf die vorläufige Anwendung wird den Parlamenten wirklich ein Hebel in die Hand gegeben, die erforderlichen Änderungen durchzusetzen.“

TTIP im Koma, Ceta auf der Zielgeraden

■ **TTIP** (Transatlantic Trade and Investment Partnership) ist das Freihandelsabkommen, das die EU mit den USA plant. Die Verhandlungen, die 2013 begannen, sollten eigentlich in diesem Jahr abgeschlossen werden. Doch die Verhandlungen stocken, nicht nur SPD-Chef Sigmar Gabriel hält TTIP für „faktisch gescheitert“.

■ **Ceta** (Comprehensive Economic and Trade Agreement), das Abkommen zwischen der EU und Kanada, ist hingegen bereits fertig ausgehandelt. Es soll im Oktober unterzeichnet werden. Während Befürworter der Abkommen auf Wachstum hoffen, warnen Kritiker vor sinkenden Umwelt- und Sozialstandards und mehr Macht für Konzerne.

„Vorläufige“ Anwendung kann ewig dauern

CETA Bei der Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens gibt es viele offene Fragen

BERLIN taz | Fertig ausgehandelt ist das Ceta-Abkommen zwischen der EU und Kanada bereits seit Februar. Wann (und ob) es in Kraft tritt, hängt von einer Reihe komplizierter politischer und juristischer Entscheidungen ab.

Wichtig ist dabei zunächst, wie die EU Ceta einstuft. Ursprünglich wollte sie es als reines EU-Abkommen behandeln. Dann dürften die nationalen Parlamente gar nicht darüber mitentscheiden. Nach Protesten vieler Mitgliedstaaten wird es nun voraussichtlich doch als „gemischtes“ Abkommen behandelt, bei dem neben dem EU-Parlament auch die nationalen und teilweise regionalen Parlamente zustimmen müssen.

Doch welchen Einfluss diese am Ende wirklich haben, ist offen. Die EU-Kommission will Ceta nämlich schon vor der Abstimmung durch die nationalen Parlamente in vollem Umfang vorläufig in Kraft setzen. Auch dagegen gibt es Widerstand aus einigen Mitgliedstaaten: Deutschland etwa fordert, dass zumindest das Kapitel zum Investitionsschutz davon ausgenommen wird. Viele Sozialdemokraten wollen jedoch, dass

Ceta überhaupt nicht vorläufig in Kraft gesetzt wird. Denn es ist sehr wahrscheinlich, dass die angeblich vorläufige Anwendung in Wahrheit unbegrenzt weitergeht, selbst wenn einzelne nationale Parlamente gegen Ceta stimmen.

Wenn Kanada und die EU die vorläufige Anwendung vereinbart haben, kann diese auch nur durch die EU oder Kanada wieder aufgehoben werden, heißt es in einem Rechtsgutachten für den österreichischen Nationalrat. Weil ein Mitgliedstaat die EU nicht zu einem solchen Schritt zwingen kann, hätte eine Ablehnung etwa durch den deutschen Bundestag keine unmittelbaren Folgen.

Ob die Entscheidungen über die Zustimmung zu Ceta und die vorläufige Anwendung im EU-Rat einstimmig oder mit Mehrheit fallen müssen, ist unter Juristen umstritten. Faktisch haben jedoch alle Länder eine Veto-Möglichkeit, weil alle Mitgliedstaaten Ceta unterzeichnen müssen, bevor die EU und Kanada dies wie geplant Ende Oktober tun können.

MALTE KREUTZFELDT

ANZEIGE

Stoppt TTIP, CETA und Co!

Jetzt mitmachen!

Wie es geht steht unter www.attac.de/ttip

attac



„Gabriel darf sich nicht drücken“

FREIHANDEL Juso-Chefin Johanna Uekermann will Ceta auf dem SPD-Konvent am Montag zu Fall bringen. Auch wenn sie damit dem Parteichef schadet

INTERVIEW MALTE KREUTZFELDT UND KAI SCHÖNEBERG

taz: Frau Uekermann, sind Sie die letzte Mohikanerin, die in der SPD noch den Widerstand gegen Ceta aufrechterhält?

Johanna Uekermann: Die Frage ehrt mich zwar, aber die Antwort lautet nein. Es gibt in der SPD eine breite Bewegung gegen TTIP und Ceta. Wir haben große Landesverbände wie Bayern, die sich klar gegen das Abkommen positioniert haben. Und wann immer ich an der Parteibasis unterwegs bin, merke ich, dass ganz viele Mitglieder diese Freihandelsabkommen ablehnen.

An der Parteispitze sieht das aber anders aus. Im 35-köpfigen Vorstand gab es nur eine Gegenstimme gegen den Antrag, der eine Zustimmung Deutschlands zu Ceta fordert. Ich bedauere, dass sich der Parteivorstand so entschieden hat. Wir haben schließlich als Partei klare rote Linien für Freihandelsabkommen gezogen, und die werden bei Ceta eindeutig überschritten. Darum hätte ich mir auch vom Parteivorstand eine klare Positionierung gewünscht, dass man Ceta so nicht zustimmen kann.

Das sagt die Parteispitze ja auch. Aber sie will Nachbesserungen erst später im parlamentarischen Verfahren durchsetzen. Ist das nicht eine gute Idee?

Nein. Erstens schlägt der Antrag vor, dass Ceta schon vorläufig angewendet werden soll, bevor das parlamentarische Verfahren abgeschlossen ist, in dem diese Verbesserungen durchgesetzt werden sollen. Das finde ich einfach nicht logisch. Und zweitens dürfen sich die Regierungen – und damit meine ich auch Sigmar Gabriel – nicht vor der Verantwortung drücken.

Was meinen Sie damit?

Wenn man Veränderungen an Ceta für notwendig hält, dann darf man das nicht den Parlamenten allein überlassen. Wenn die SPD glaubwürdig sein will, kann kein Sozialdemokrat dafür die Hand heben. Darum darf es erst mal kein Ja im Ministerrat und keine deutsche Unterschrift unter Ceta geben, bevor es erfolgreiche Nachverhandlungen gegeben hat.

Das heißt, Sie misstrauen den Parlamenten?

Davon kann keine Rede sein. Es ist einfach meine Überzeugung, dass man deutlichere Fortschritte erzielen kann, wenn alle an einem Strang ziehen. Sowohl die Regierung als auch die Abgeordneten müssen darauf bestehen, Ceta zu verändern.

Was heißt verändern? Langt es, ein paar Sätze zu ergänzen oder zu streichen, wollen Sie einen Neustart – oder gar einen Verzicht auf das Abkommen?

Bei den Jusos sehen wir bilaterale Handelsabkommen generell kritisch. Für unsere Wunschvorstellung von fairem, gerechtem Welthandel braucht man eigentlich multilaterale Abkommen.



„Wenn die SPD glaubwürdig sein will, kann kein Sozialdemokrat dafür die Hand heben“

JUSO-CHEFIN JOHANNA UEKERMANN ÜBER CETA

Das klingt illusorisch. Ceta und TTIP sind doch gerade die Folge davon, dass sich bei den multilateralen Verhandlungen der WTO seit Jahren nichts bewegt.

Deshalb sind wir in einer Zwickmühle. Wenn wir es ernst meinen mit einer Politik, die den Wohlstand zwischen Nord und Süd gerechter verteilt und Fluchtursachen bekämpft, dann braucht man eine andere internationale Handelspolitik. Mir wäre das am liebsten im Rahmen der UN. Aber solange das nicht möglich ist und es bei der WTO nicht vorangeht, müssen wir uns mit dem auseinandersetzen, was jetzt auf dem Tisch liegt. Das heißt, wir müssen versuchen, bei Ceta das Beste rauszuholen, etwa für Arbeitneh-

merInnenrechte und Daseinsvorsorge.

Gabriel sagt, er hat schon viel rausgeholt. Etwa beim Investitionsschutz oder bei der Sicherung von Arbeitnehmerrechten und Daseinsvorsorge. Für ihn sind Kritiker wie Sie die wahren Totengräber der fortschrittlichen Handelsabkommen.

Niemand bestreitet ernsthaft, dass Ceta fortschrittlicher ist als andere Handelsabkommen – und dass Sigmar Gabriel einiges dafür getan hat, Verbesserungen zu erreichen. Aber nur weil es nicht ganz so schlimm ist wie frühere Abkommen, ist es ja noch lange nicht gut. Für mich ist klar: Wenn man als Partei rote Linien zieht, dann muss man dazu auch stehen. Und weil diese bei Ceta verletzt sind, darf es keine Zustimmung geben.

Immerhin hat Gabriel durchgesetzt, dass es statt rein privater Schiedsgerichte einen neuen Handelgerichtshof geben soll. Es bleibt aber trotzdem dabei, dass es eine Sondergerichtsbarkeit für ausländische Unternehmen gibt. Extrem problematisch finde ich auch die unpräzisen Rechtsbegriffe, die durchaus noch vorhanden sind. Obwohl wir uns in unseren roten Linien klar dagegen ausgesprochen haben, finden sich im Vertrag Formulierungen wie „gerechte Behandlungen“ und „indirekte Enteignung“. Dadurch wären Schadenersatzklagen von Unternehmen gegen unliebsame Gesetze Tür und Tor geöffnet. Das muss ausgeschlossen werden.

Sie haben also wirklich die Hoffnung, dass sich die Delegierten beim SPD-Konvent am Montag gegen die Parteispitze durchsetzen?

Wir führen im Moment viele Gespräche, und die stimmen mich positiv. Viele Delegierte merken sehr wohl, dass der Antrag des Vorstands viele nette, kritische Worte zu Ceta enthält, aber eben trotzdem grünes Licht im Ministerrat geben will. Auch dass große Teile von Ceta schon angewendet werden sollen, bevor die nationalen Parlamente wie der Bundestag darüber abstimmen, wollen viele auf keinen Fall.

Falls Sie sich durchsetzen und der Konvent am Montag Ceta ablehnt: Kann Sigmar Gabriel dann noch SPD-Chef und Kanzlerkandidat sein?

Ich bin generell kein Fan davon, dass man Sachfragen mit Personalfragen verknüpft. Dann könnte man keine Politik mehr machen, wenn man sich nur davon leiten lässt, wem bestimmte Entscheidungen schaden könnten.

Im Roman von James Cooper überlebt „Der letzte Mohikaner“ am Ende zwar, aber

Freunde wie Feinde sterben in einem Massaker.

Dazu muss es bei uns nicht kommen. Die meisten Delegierten wünschen sich eine Entscheidung, die die Partei am Ende nicht zerreißt. Und daran wird auch der Parteivorsitzende ein großes Interesse haben. Das kann aber nur gelingen, wenn man noch deutlich weiter auf die Kritiker zugeht.

Johanna Uekermann

■ ist seit 2013 Bundesvorsitzende der Jusos. Sie wurde 1987 im bayerischen Straubing als Tochter eines sozialdemokratischen Lehrerehepaars geboren. Uekermann hat Politikwissenschaft, Kulturgeografie und Soziologie in Würzburg studiert und will 2017 Abgeordnete im Bundestag werden.



Auf ihr ruht die Hoffnung der Ceta-Gegner: Juso-Chefin Johanna Uekermann. Foto: Wolfgang Borris

ANZEIGE

IHR EUROPA-ABGEORDNETER

Prof. Dr. KLAUS BUCHNER

kämpft gegen TTIP & CETA

ödp

www.klausbuchner.eu

The Greens | EFA
in the European Parliament



FREIHANDEL GEFÄHRDET D

Sie machen es verflückt k

VON MARTIN KAUL, ERIC BONSE,
ANDREAS SPEIT UND INGO ARZT

Auf einmal kommt ein Häufchen Rechter aus dem Tiergarten und mischt sich unter die Leute. Die 13 Männer, Anhänger der Identitären Bewegung, schmuggeln sich durch den großen Park im Herzen Berlins, stehen plötzlich in der Menge und entfalten ihr Transparent: „Gegen globale US-Herrschaft“ steht drauf, zu sehen sind spartanische Hopliten, die mit Speeren gegen Dollarscheine kämpfen.

Im vergangenen Oktober war das, in Berlin pfeifen, tanzen und trommeln sich gerade je nach Schätzung bis zu 250.000 Menschen auf der größten Demonstration seit Jahren durch die Stadt. Zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule demonstrieren sie gegen die Freihandelsabkommen Ceta und TTIP – und für eine bessere Welt.

Lang dauert der Zirkus der Strammrechten nicht, die umstehenden DemonstrantInnen buhen die völkischen Nationalisten aus. Nach ein paar Minuten geleitet die Polizei die Identitären aus der Demonstration. Das war's. Die Rechten feiern ihre Aktion auf Facebook anschließend als, man könnte sagen: Erfolg.

Die Anekdote – Nationalisten versuchen eine linke Demo zu kapern – wäre kaum der Rede wert, würden dahinter nicht grundsätzliche Fragen stehen: Wie gut grenzen sich die Organisatoren der Anti-TTIP-Proteste eigentlich von rechtsaußen ab? Wie lässt sich verhindern, dass rechte Ideologen ihre völkischen Abgrenzungsfantasien dadurch legitimieren, dass sie auf linke Kritiker zeigen und behaupten, man ziehe an einem Strang?

Es ist ein Dienstag im August 2016. Im Haus der Bundespresskonferenz in Berlin, gegenüber von Bundestag und Kanzleramt, sind die Organisatoren der für den 17. September geplanten Anti-Ceta-Demonstra-

tionen zusammengekommen, um ihr Anliegen zu erklären. Verdi-Chef Frank Bsirske erörtert, warum Ceta, das EU-Abkommen mit Kanada, dort ansässige Unternehmen gegenüber deutschen bevorteilt. Der Vorsitzende des Deutschen Kulturrats erläutert, dass vor allem Google und Apple von dem Freihandelsvertrag profitierten. Der Chef des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes fürchtet, dass profitorientierte Konkurrenten gemeinnützige deutsche Pflege- und Krankenhausbetriebe kaputt klagen.

Vermutlich hätte keiner der Anwesenden etwas gegen folgende Sätze einzuwenden: „Inländische wie ausländische Unternehmen müssen rechtlich gleichgestellt werden.“ Oder: „Unsere Bürger bleiben der Souveränität unseres Staates, die Regulierungshoheit des Parlaments darf nicht eingeschränkt werden.“ Beides stammt aus dem Parteiprogramm der AfD. Die Partei „lehnt daher Handelsabkommen grundsätzlich ab, wenn diese intransparent und nicht öffentlich sowie ohne Beteiligung des Bundestages verhandelt werden.“

Wie gelingt es angesichts dieser inhaltlichen Überlappungen, sich von Ressentiments und rechten Parolen abzugrenzen?

In Berlin ergreift der Mann das Wort, dessen Organisation den Protest entscheidend prägt: Christoph Bautz von Compact. 7 Millionen Euro hat seine Organisation 2015 an Spendengeldern gesammelt. Die Anti-TTIP-Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung hat die Kasse von Compact gut gefüllt.

Bautz redet von einer der größten Protestveranstaltungen in der Geschichte der Bundesrepublik – und von einer „breiten Bürgerbewegung“. „Das hat das Potenzial, ein politisches Erdbeben zu erzeugen“, sagt er. Dann ergänzt Bautz, was bei keiner Äußerung fehlen darf, wenn es um die Proteste gegen Ceta und TTIP geht: „Alle sind willkommen, außer Menschen von

ABGRENZUNG Auch Rechte sind gegen TTIP und Ceta. Allerdings nicht, weil sie eine faire und ökologische Welt wollen. Die gemeinsamen Ziele nerven viele Linke ganz gewaltig. Was tun?

rechtsaußen.“ Dafür gibt es eine Sprachregelung, die alle Partner in diesem Protestbündnis mittragen: „Wir treten für eine solidarische Welt ein, in der Vielfalt eine Stärke ist. Auf unseren Demonstrationen gibt es keinen Platz für Rassismus, Rechtspopulismus und Antiamerikanismus.“

Eine Formel, die nicht nur in Deutschland immer wichtiger wird. In Österreich etwa haben der rechte Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer (FPÖ) und sein Konkurrent Alexander Van der Bellen (parteilos, Ex-Grünen-Chef) wenig gemeinsam – außer dass beide TTIP ablehnen. Van der Bellen will ein soziales Europa, Hofer ein nationales Österreich.

Ähnlich sieht es bei US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump aus. Der sagt zwar wenig

zu TTIP, aber viel zur Nordamerikanischen Freihandelszone Nafta und zu TPP, der Transpazifischen Partnerschaft zwischen zwölf Staaten rund um den größten Ozean der Welt. Das Abkommen muss nur noch ratifiziert werden. Trump wettert, das wäre „ein Schlag ins Herz der Nation“. Und er verspricht, das Abkommen zu kippen, wenn er Präsident ist. Nafta will er neu verhandeln. Die USA würden austreten, wenn sich die Bedingungen nicht verbesserten. Seine Argumente drehen sich um böse Mexikaner oder Chinesen, die Amerikanern ihre Jobs klauen.

In Frankreich ist das Bild ähnlich: Auch Front-National-Führerin Marine Le Pen schimpft über TTIP. Sie könnte damit sogar bei den Wahlen im kommenden Jahr Staatspräsidentin werden.

Es wäre falsch, die rechte Freihandelskritik nur als kurzes Haschen nach einem populären Protestthema zu begreifen. Denn ebenso wie die Position marxistisch geschulter Globalisierungskritiker oder sozialdemokratischer TTIP-Gegnerinnen hat auch die rechte TTIP-Kritik ihre geschichtlichen Anknüpfungspunkte.

Bereits im 19. Jahrhundert sorgten sich rechte Vordenker wegen der entstehenden Markt- und Geldwirtschaftssysteme um die angeblich „natürlich“ gewachsene Volksgemeinschaft. Industrialisierung und Internationalisierung sahen die Repräsentanten der rassistischen Gegenbewegung wie Paul de Lagarde, Julius Langbehn, Houston Stewart Chamberlain oder Paul Förster als einen Prozess der Entfremdung des Menschen und des „Volkes“ von seiner ureigenen Seele.

Linke Bewegungen sahen das nicht völlig anders: Für sie entfremdete sich der Mensch in der kapitalistischen Welt von sich selbst. Die Grenzen zwischen beiden sind dennoch deutlich: Statt um die „Menschen“ ging es den Nationalisten um das „Volk“. Die „moderne Welt“ galt ihnen

als „jüdische Moderne“. In den Schriften des antisemitischen Publizisten Paul Förster (1844–1925) etwa erschien das Judentum als fremder Glaube, der den „Kulturmenschen“ hervorbrachte. Dessen „künstliche Zivilisation“ sei schuld an den „abschreckenden Verödungen und Verblödungen“, die zu „Entartung und Niedergang“ von Mensch und „Volk“ führe. In der Parole „Zurück zur Natur“ klingt denn auch „Weg mit den Juden“ an. Die wirtschaftlichen Ideale oszillierten in dieser Bewe-

gung zwischen Hochhalten von Bauerntum und Mittelstand hin und her – bis heute.

Diese antimoderne Revolte formuliert gerade die Identitäre Bewegung wieder deutlich. Die Truppe um den Österreicher Martin Sellner führt in ihrem Positionspapier „100 % Identität – 0 % Rassismus“ aus: „Wir lehnen [...] die allgemeine Verflachung, Vereinheitlichung und Abstumpfung der Welt im Zuge der Globalisierung ebenso ab wie den kulturellen Imperialismus und globale Vereinheitlichungsversuche.“ Man kämpfe gegen den eigenen Identitätsverlust, gegen „demografischen und kulturellen Verfall“. Das Völkische wird zur Identität, Einwanderung zum „demografischen Verfall“, ein offener Rassismus entgegen dem Titel des Positionspapiers.

Das rechte Magazin *Compact – Magazin für Souveränität* (nicht zu verwechseln mit Compact) feiert die Identitäre Bewegung in der aktuellen Ausgabe als „die neue Protestjugend“ – „hip, konservativ, rebellisch“. Das Magazin hat sich schon früh gegen TTIP und Ceta positioniert und uralte Ressentiments mit neuen Verschwörungstheorien aufgepimpt. Im März 2015 zeigte das Cover ein Foto von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), die Schlagzeile lautete: „Der große Verrat – TTIP-Agent Gabriel“.

Im Mai des Jahres sprach der Ökonom Eberhard Hamer auf der Compact-Konferenz „TTIP und CETA: Konzerne okkupieren staatliche Souveränität“. TTIP sei ein „groß angelegter Angriff der amerikanischen Großwirtschaft“, so Hamer. „Amerikanische Großkonzerne und die amerikanische Hochfinanz“ versuchten, die europäische Kultur zu vernichten, um einen Einheitsmenschen zu schaffen, der nur konsumiere. Die „Hochfinanz“ gilt im rechten Milieu als eine Chiffre für Juden.

Einige AfDler wie der Thüringer Parteichef Bernd Höcke sind



Linksrechts?

„Inländische wie ausländische Unternehmen müssen rechtlich gleichgestellt werden“

PARTEIPROGRAMM DER AfD



EN VOLKSKÖRPER

Montpliziert: Auch Marcus Pretzell, Frauke Petry, Donald Trump, Marine Le Pen und Norbert Hofer (v.l.) sind gegen Ceta und TTIP Montage TAZ, Fotos: Jens Jeske, Reuters, dpa

regelmäßige Gäste auf Compact-Veranstaltungen, Eberhard Hammer war auch schon Redner auf Veranstaltungen von AfD-Kreisverbänden. Zur Identitären Bewegung grenzt sich die AfD aber zumindest offiziell ab – und sieht die eigene Freihandelskritik als bürgerlichen Protest.

So verkauft das auch Marcus Pretzell, EU-Abgeordneter der AfD. Man kann ihn in der Mickey-Mouse-Bar des Europaparlaments in Brüssel treffen. Hier gibt es zwar keine Comicfiguren, dafür aber oft Hintergrundinformationen aus erster Hand, bei einem „Lait russe“, Milchkaffee, oder einer „Leffe“, das ist ein belgisches Bier.

Der 41-jährige Pretzell ist bei seinen Abgeordnetenkollegen nicht wohl gelitten. Die AfD in Brüssel hat sich mittlerweile komplett zerlegt. Pretzell gehört im Parlament als Einziger seiner Partei der ENF an, dem nationalistischen Rechtsbündnis um die französische Front-National-Führerin Le Pen. Im April 2015 ist er aus einer Sitzung der AfD-Delegation geflogen. Ein Grund war ein Streit über TTIP. Damals hatten noch die AfD-Gründer Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel das Sagen, die damals TTIP befürworteten und in die Splitterpartei Alfa abgewandert sind, eine Abspaltung der AfD.

Auf seiner Website macht Pretzell heute Front gegen TTIP. „Freien Handel unterstützen wir“, heißt es da, „aber Investorenschutz lehnen wir ab, insbesondere, wenn dies Optionen eröffnen sollte, die sich auf unsere Gesetzgebung auswirken.“

Er komme aus dem bürgerlich-konservativen Lager, sagt Pretzell. Die Linke habe Angst vor Chlorhühnern, seine Partei stehe dagegen für liberale Werte. Da diese von FDP und CDU/CSU nicht mehr vertreten würden, springe nun eben die AfD in die Bresche.

Anders als die Linke behauptet, sei TTIP kein liberales Projekt, so Pretzell weiter. Das geplante Abkommen habe mit freiem Handel nichts zu tun,



Haltung

„Auf unseren Demonstrationen gibt es keinen Platz für Rassismus, Rechtspopulismus und Antiamerikanismus“

CHRISTOPH BAUTZ VON COMPACT

es stehe für eine neue Art des Protektionismus. Die Großindustrie wolle Sonderrechte, der Mittelstand bleibe auf der Strecke. Als Kronzeugen bemüht er ausgerechnet Thilo Bode. Der Chef von Foodwatch gehört zu den Wortführern der Anti-TTIP-Kampagne. Gemeinsam mit Lucke und Henkel habe man sich sogar einmal mit Bode getroffen und einige Gemeinsamkeiten gefunden. Das Treffen im Jahr 2014 bestätigt Bode zwar, allerdings habe man „keinerlei Einigkeiten“ gefunden – er lehne jeden Kontakt zur heutigen AfD ab.

Es waren jene aus der Partei ausgetretenen Wirtschaftsliberale, die lange für möglichst marktradikale Wettbewerbsmodelle eintraten. Ihr Einfluss ist in der AfD noch zu spüren, monatelang diskutierte die Par-

tei über ihre Haltung zu TTIP. Heute fordert die Partei „offene Märkte, Vertragsfreiheit und einen freien Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik“ – und lehnt trotzdem TTIP ab.

Im Europaparlament nimmt die rechten Freihandelsgegner niemand ernst. Einfluss hat hier nur, wer die Koalition aus Sozialdemokraten und Christdemokraten beeindrucken und bewegen kann. Sie macht die EU-Gesetze, sie muss am Ende TTIP abnicken – oder stürzen. „Sie behaupten nur, gegen TTIP sei doch am Anfang seiner politischen Karriere selbst vehement für Freihandel eingetreten, argumentiert er.

De Masi hat sich deshalb mit Gesinnungsgenossen aus Griechenland, Frankreich, Italien und Spanien zusammengetan. Sie haben ein parteiübergreifendes Bündnis – den „Progressive Caucus“ – gegründet, das nun auch um Kritiker bei Sozialdemokraten und Grünen wirbt. Für AfD-Mann Pretzell haben die Progressiven nur ein müdes Lächeln übrig.

Der nimmt es gelassen, jedenfalls nach außen hin. Ihm sei schon klar, dass die linken TTIP-Gegner mit ihm nichts zu tun haben wollen, sagt Pretzell. Aber das mache nichts – man könne ja auch getrennt marschieren und vereint schlagen.

Nicht mit uns, sagt Christian Weßling im Hinterhof eines Erdgeschossbüros in Berlin-Wilmersdorf. Hier hat das zentrale Kampagnenbüro für die Großdemonstrationen an diesem Samstag seinen Sitz. Weßling leitet das Team, das die sieben Demonstrationen in ganz Deutschland koordiniert. Ein Kollege von ihm ist gerade mit der Koordination von Bussen beschäftigt. 180 zählt er an diesem Tag. Allein in den letzten Tagen sei die Zahl noch mal um 30 gestiegen. Von überallher wollen Menschen an den Demons-

trationen teilnehmen. Eine andere Kollegin bespricht gerade in einer Telefonkonferenz die Platzierung von Werbeanzeigen in Tageszeitungen.

Weßling sagt: „Unsere Kritik an TTIP unterscheidet sich in ihrem Kern von der Kritik der AfD. Wir sind für demokratische Prinzipien, eine solidarische, plurale und soziale Gesellschaft.“

Im April, als Weßling in Hannover die große Anti-TTIP-Demonstration organisierte, zu der fast 100.000 Menschen kamen, hatte er bereits dasselbe Problem: Weil US-Präsident Barack Obama zeitgleich auf der Messe in Hannover weilte, mussten die Aktivisten immer wieder erklären, dass sie nicht gegen Amerika demonstrieren. Und erst recht nicht gegen Dinge wie die „Kolonialisierung Europas“, ein Terminus, den die NPD im Zusammenhang mit TTIP benutzt.

„Wir werden auf unseren Demonstrationen keine rechten Symbole, keine Fahnen und Banner der AfD dulden, wir werden unsere Ordner klar anweisen, und auf allen Bühnen werden unsere Moderatorinnen und Moderatoren ein klares Statement dazu abgeben“, sagt Weßling. Und außerdem, sagt er weiter, würden alle TeilnehmerInnen während der Demonstrationen die Möglichkeit erhalten, sich klar und deutlich gegen rechts zu positionieren.

Anfang August erhielt Weßling einen Brief des Berliner Landesverbands der AfD, der heute in einem Aktenordner in seinem Büro archiviert ist. Darin steht: Auch die AfD lehne das TTIP-Abkommen ja bekanntlich ab.

„Wir möchten uns daher mit einer Gruppe von AfD-Vertretern in die Demonstration am 17. September einreihen und damit bekunden, wie breit die Ablehnung dieser angeblichen Freihandelsabkommen ist. Bitte teilen Sie uns mit, wie wir uns am besten in die Demonstration eingliedern können.“

Weßling schrieb zurück: „Gar nicht.“

So schmeckt Chlorhühnchen wirklich

NAHRUNGSMITTEL Während in Europa die Debatte um das Teufelszeug aus den Staaten tobt, hat unser Autor einfach mal probiert. Zuerst wollte er diesen Text aber nicht schreiben

AUS WASHINGTON FRANK HERRMANN

Diese Idee aus der Redaktion in Berlin bereitet mir schon seit Wochen, nun ja, Magen-grummeln. Ich soll tatsächlich aufschreiben, wie ich Chlorhühnchen zubereite – und sogar verzehre. Und Genmais.

Also diese Lebensmittel, die in Deutschland und anderen Ländern Europas gerade als Teufelszeug gelten. Als Symbole jener Verbraucherschutzkatastrophe, die viele Europäer offenbar mit dem Freihandelsabkommen TTIP verbinden. Dabei ist ja längst allen Seiten klar, dass die US-Chlorhühnchen nicht nach Europa kommen sollen.

Es ist eine komplexe Aufgabe für mich: Ich weiß nämlich gar nicht mehr, wie ein Huhn schmeckt, das nach der Schlachtung nicht ins Chlorbad getaucht wurde. Ich lebe schon ziemlich lange in Amerika, ich esse ziemlich oft Hühnchen. Und um ehrlich zu sein, habe ich mir die Etiketten der Geflügelpackungen schon lange nicht mehr genau angeschaut.

Bis dieser Text hier bestellt wurde. Also rein in den nächsten Washingtoner Supermarkt: In den Regalen, in denen sich die Hühnerbrüste, die Hühnerfilets und Hühnerkeulen stapeln, findet sich nirgendwo ein Hinweis auf Chlor.

Was ich stattdessen entdeckte, ist die klein gedruckte Zusicherung, dass bei der Produktion dieser Ware weder Hormone noch Steroide zur Anwendung kamen, um Gesetzen des amerikanischen Bundes Genüge zu tun. Dann rüber zu den Maiskolben. Nichts, auch kein Label, das anzeigt, dass Gene manipuliert wurden. Offenbar rechnet der amerikanische Durchschnittsverbraucher schon nicht mehr damit, etwas anderes als Genmais angeboten zu bekommen.

Nicht, dass es keine Amerikaner gäbe, die für ein nicht gechlortes Huhn gern mehr Geld ausgeben würden, Hauptsache, keine Chemie. In einer Sendung von CBS kam einmal zu Beginn der TTIP-Debatte eine Frau namens Michelle Guidi zu Wort, die auch nicht viel anders klang als alarmierte Europäer. Sie bleicht Wäsche mit Chlor, im Schwimmbad schwimmen ihre Kinder in Chlor, „aber das Zeug mit der Nahrung aufzunehmen, da habe ich schon meine Bedenken“.

Worauf Scott Russell, Professor für Geflügelverarbeitung an der University of Georgia, in der Sendung rhetorische Beruhigungsspielen verteilte. Das Chlor, das man verwende, um die geschlachteten Hühner zu desinfizieren, werde doch später zum allergrößten Teil abgewaschen. Die Sorgen um den Einsatz von Chemikalien würden, so Russell, gerade derart aufgebauscht von den europäischen Medien, „dass daraus ein Problem entsteht, das es in Wahrheit nicht gibt“.

Die Sprache der Chlorgeflügel-Lobby, schon klar. Nur hat mich neulich auch ein gewiss nicht unkritischer Nachbar, ein Arzt, angesehen, als rede ich von Mondstaub, als ich ihn nach seiner Meinung zu „chlorinated chicken“ fragte. Er wusste schlicht nichts damit anzufangen, es war kein Thema, mit dem er sich jemals beschäftigt hätte.

Die Hühnerkeulen jedenfalls unterziehen meine Frau und ich zu Hause einer intensiven Geruchsprüfung. Man kann nicht sagen, dass wir Chlor wahrgenommen hätten. Das kann aber auch schlicht daran liegen, dass es uns schon nicht mehr auffällt.

Mit Zitrone, Knoblauch und Rosmarin eingerieben, verschwinden die Teile im Ofen. Und auch beim Braten verhält sich chlorgewaschenes Hühnchen nicht viel anders, als man es wohl in Deutschland gewohnt ist. Auf jeden Fall ist es lecker.



Illustration: Kitty Hawk

Jetzt mit Ceta abkassieren

Extra-Rabatt bei Klagen gegen Zwergstaaten!

1. Ich kann doch bald Staaten verklagen. Bringt es das?

Aber sicher. Ceta schützt Ihre Investitionen vor der Umwelt-Willkür von Parlamenten und Bürgerinitiativen. Natürlich wird es weiterhin Gesetze zu „Klimaschutz“ oder „Verbraucherschutz“ geben. Dass Staaten derartige Gesetze erlassen dürfen, etwa mit dem Ziel des „Schutzes der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, des Schutzes der Umwelt oder der öffentlichen Sittlichkeit, des Sozial- oder Verbraucherschutzes“, das steht extra im Ceta-Vertrag in Artikel 8.9. Aber merken Sie was? Das ist eine Selbstverständlichkeit: Staaten, die Gesetze machen. Für Sie wichtig ist deshalb Absatz 10 in Artikel 8. Dort wird Ihnen als kanadischer Investor in der EU oder andersherum eine „gerechte und billige“, also angemessene Behandlung zugesichert. Achten Sie auf Ziffer 4 des Artikels 8.10: Der Vertrag ermöglicht es Ihnen, vor einem neuen Handelsgericht, das *extra für Ihre Interessen* geschaffen wird, auf Schadenersatz zu klagen. Und zwar, falls Sie ein Staat zu einer Investition bewogen hat, Sie diesem Staat „berechtigterweise“ vertraut haben. Dann muss er nur noch „Maßnahmen ergreifen“, die Ihre Investition futsch machen.

2. Und hätte ich denn Aussicht auf Erfolg?

Noch schwer abzuschätzen. Aber: Ihre Chancen auf Erfolg sind höher als je zuvor. Schwammige Begriffe wie „berechtigtes Vertrauen“ lassen hoffen. Angenommen, die Bundesregierung gefährdet mit Umweltauflagen Ihre Rendite, Sie klagen als kanadisches Unternehmen mit Ihrer deutschen Tochter vor dem Bundesverfassungsgericht. Viel Spaß. Karlsruhe muss auf alles Mögliche achten: Würde des Menschen, Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, eine elend lange Latte Grundrechte – da gucken Sie schnell in die Röhre. Dank Ceta haben Sie nun einen weiteren Rechtsweg. Für Kritiker ist das Paralleljustiz, Sie dürfen sich freuen.

Sichern Sie sich Ihren Freihandelsvorteil!

3. Bin nicht überzeugt. Gibt es denn Präzedenzfälle?

Jein. Dazu ein kleiner Exkurs: Es gibt weltweit rund 3.000 Investitionsschutzverträge. Die Formel, dass Investoren „gerecht und billig“ behandelt werden müssen, findet sich darin überall. Etwa im Energiechartavertrag, dank dessen der schwedische Vattenfall-Konzern Deutschland auf 4,7 Milliarden Euro Entschädigung wegen des Atomausstiegs verklagt. Kanada ist bereits mehrfach nach den Regeln des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens Nafta verklagt worden – von Firmen, die Schadenersatz wollen, weil sie nicht mehr nach Erdgas und Öl mit der Frackingmethode bohren dürfen. Allerdings stehen die Urteile noch aus. Und es sind auch keine wirklichen Präzedenzfälle, weil in Ceta einige Formulierungen die Klagerechte einschränken. Die finden sich bei Nafta oder im Energiechartavertrag so nicht. Wie gesagt: Jein.



Illustration: Alashy/Getty

RATGEBER Schon mit dem Grundgesetz fing es an: Ein Klotz am Bein für jede Rendite, und das seit 1949. Heute gängeln Umwelt- und Verbraucherschutz Unternehmen in Europa immer schlimmer. Ceta bietet Ihnen jetzt neue Chancen. Profitieren Sie vom neuen Handelsgericht und den geheimen Ausschüssen. Wie Sie jetzt die meisten Euros rausholen **VON INGO ARZT**

4. Ich will aber endlich fracken!!! Also klagen?

Ruhig, ganz ruhig. Also: In Deutschland darf ja momentan nur in Sandstein gefrackt werden. Das meiste Gas lagert aber in Schiefergestein. Da wollen Sie ran, klar. Aber *das* Bohrloch ist dicht. Weil, ein bestehendes Verbot ist ein Verbot. Es gilt für alle Unternehmen – Sie werden als Kanadier also nicht diskriminiert. Ergo: Nix Klage. Aber: Sichern Sie sich einfach jetzt ihre Lizenz zum Aufsuchen von Erdgas in Sandstein! Weil, wenn das eines Tages auch noch verboten wird, ist Ihre berechtigte Gewinnerwartung ja wohl verletzt, oder? Das könnte klappen.

5. Was kostet so ein Verfahren vor dem Handelsgericht?

Touché, ein wichtiger Punkt. Leider kosten die Verfahren Millionen – und dauern Jahre. Für ein kleines oder mittelständisches Unternehmen viel zu teuer. Investitionsklagen sind nur etwas für Großkonzerne. Gute Anwälte wollen gut bezahlt sein. Und selbst wenn Sie gewinnen, hängt es vom Urteil ab, ob Sie auf den Kosten der Klage sitzen bleiben. Tipp: Einfach die Verfahrenskosten auf die Summe draufschlagen, die sie als Schadenersatz von einem Staat fordern.

Fünf Investitionsklagen zum Preis von vier!

6. Ich will die Abgasgrenzwerte für Dieselaautos wegklagen. Geht das?

Jetzt lassen wir mal den Golf in der Kirche. Um Abgasgrenzwerte zu frisieren, sollten Sie erst mal nach wie vor Ihre guten Kontakte zur Bundesregierung nutzen, die dann für Sie in Brüssel interveniert. Aber: Ceta schafft zum Glück zusätzliche Gremien, mit denen die Europäische Union und Kanada ihre Gesetzgebung künftig absprechen wollen – natürlich ohne lästige Parlamentarier. Diese Runden sind völlig intransparent und werden kaum kontrolliert, Lobbyisten können sich dort bestimmen prima einbringen.

Also: Zwar können Sie mit Ceta Gesetze oder EU-Richtlinien nicht einfach wegklagen. Aber Sie können versuchen, vor dem neuen Handelsgericht Schadenersatz zu fordern, wenn Ihre „berechtigten“ Gewinnerwartungen durch Gesetze gemindert werden. Aber in der EU natürlich nur als kanadischer Konzern.

7. Hä? Bitte, wie war das? Nur kanadische Konzerne können EU-Staaten verklagen?

Jep. Und nur EU-Konzerne können Kanada vor dem neuen Gericht verklagen. Was nicht geht, ist: EU-Konzerne verklagen einen EU-Staat, ein kanadischer Konzern verklagt Kanada.

8. Und wenn ich eine Tochterfirma in Kanada gründe?

Läuft. Also, könnte laufen. Tatsächlich schließt Ceta explizit aus, dass Sie eine Tochterfirma in Kanada gründen und schwups ihren Heimatstaat vor das Handelsgericht zerren. Sie müssten ein Unternehmen gründen, das seine „wesentliche Geschäftstätigkeit“ in Kanada unterhält. Oder eben in der EU, um Kanada zu verklagen. Was das heißt?

Könnte etwa sogar Apple als US-Firma Kanada mittels Ceta wegen sonst was verklagen, weil es eine juristisch geschickt eingefädelte Zweigstelle in Irland unterhält? Nobody knows. Aber: Versuch lohnt!

9. Apropos Apple. Ich will auch nur 0,005 Prozent Steuern! Hilft Ceta da?

Eindeutiges Nein. Ceta hat mit der Besteuerung von Unternehmen nichts zu tun. Das ist auch gar nicht nötig. Bereits jetzt herrscht ein knallharter Steuerwettbewerb zwischen vielen Staaten, den Sie dank erprobter Methoden (zum Beispiel Double Irish With a Dutch Sandwich) zur Gewinnmaximierung nutzen können – und das ja sicher auch längst tun. Zwar drohen die G-20-Staaten damit, hier einzuschreiten. Aber bevor das passiert, stellt der „Islamische Staat“ Kämpfer als UN-Blauhelme ab. :-)

10. Fein. Und Löhne? Werde ich mit Ceta den Mindestlohn los?

Leider nicht. Ist im Vertragstext explizit untersagt. Aber generell helfen Freihandelsabkommen natürlich, dem Lohnterror der Gewerkschaften zu entkommen. Neuer Wettbewerbsdruck, niedrigere Löhne – oder? Sie können wie bisher ihre Produktion in ein Land mit möglichst geringen Sozialabgaben und Umweltauflagen verlagern – oder medienwirksam damit drohen. Das wird dank Freihandelsabkommen zum Glück viel glaubwürdiger: Die neue Konkurrenz zwingt sie leider, leider, die Geschäfte weiter zu rationalisieren.

Frack your neighbour – fuck Greenpeace!

11. Machen diese Demos gegen TTIP und Ceta nicht alles kaputt?

Die Gefahr besteht natürlich. Deshalb müssen wir Unternehmer weiter gemeinsam für die gute Sache kämpfen. Die Wirtschaftsverbände haben zum Glück extra „unabhängige“ (hihi) Gutachten erstellen lassen, die die Vorteile von Ceta und TTIP glasklar belegen. Die „wissenschaftlichen“ Argumente und Zahlen darin sind so gut, dass sie 1:1 von EU-Kommission und diversen Wirtschaftspolitikern übernommen worden sind. Darauf können auch Sie sich stützen.

12. Oh Gott, in Ceta steht was von Umwelt- und Klimaschutz! Kostet das?

Keine Sorge, selbstverständlich nicht! Richtig ist, es gibt ein Kapitel zum Umweltschutz und eines zu „Handel und nachhaltige Entwicklung“ – alles blabla. Zu dem Thema wird sogar eigens ein Ausschuss zwischen Kanada und der EU gegründet. Ja. Ein Ausschuss! Holy shit! Spaß beiseite: Haben Sie keine Angst. Konkrete Umweltziele, die ihr Geschäft beeinträchtigen könnten, werden in Ceta nicht genannt. Es geht ums Geschäft. Und das ist gut so.

Es gibt bessere Argumente gegen Ceta

LEBEN Zwingt das Abkommen uns wirklich Gentechnikessen und Chlorhühnchen auf? Schaden Kanadas Farmer unseren Bauern?

VON JOST MAURIN

BERLIN taz | Für viele Umweltschützer ist das ein Horrorszenerario: Falls das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (Ceta) in Kraft tritt, stehe „unsere gentechnikfreie Landwirtschaft mit strengen Regeln für Pflanzengifte und hormonfreies Fleisch auf dem Spiel“, warnt etwa der BUND für Umwelt und Naturschutz. Mit Sonderklagerechten könnten Konzerne Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz aufweichen und „Verbesserungen deutlich erschweren“.

Doch auf keiner der rund 2.300 Ceta-Seiten steht, dass die Europäische Union mehr gentechnisch veränderte Pflanzen zulassen oder ihre Regeln dafür ändern muss. Es heißt auch nirgendwo, dass die Europäer ihre Gesetze aufgeben müssten. Das räumen sogar Ceta-Gegner wie Christoph Then ein, der in der Anti-Gentechnik-Szene einflussreiche Geschäftsführer des Vereins Testbiotech.

Es gibt auch keine Klausel in Ceta, wonach die Europäer ihr Verbot aufheben müssten, mit Chlor desinfiziertes Hühnerfleisch oder mit Hormonen erzeugtes Rindfleisch zu verkaufen. Dieses Verbot ist auch der

Grund, weshalb die Kanadier ihre Kontingente von zollfreien Rind- und Schweinefleischexporten in die EU wie bisher wohl kaum ausschöpfen werden. Obwohl der Vertrag diese Kontingente drastisch vergrößert.

Ceta-Gegner warnen aber auch vor der „Regulierungszusammenarbeit“, die der Vertrag vorsieht. Dabei würden Beamte und Lobbyisten hinter verschlossenen Türen Gesetze aushandeln, bevor die Parlamente überhaupt davon erführen, so die Kritik.

Zwar verpflichten sich die EU und Kanada in Artikel 25.2 zu einem „Dialog“ über „künftige Anträge auf Produktzulassungen“ und „neue Rechtsvorschriften im Bereich Biotechnologie“. Ziel des Dialogs sei die „Förderung effizienter, wissenschaftsbasierter Zulassungsverfahren“. In der EU dauern solche Verfahren teils viele Jahre und werden nicht nur nach technischen, sondern auch politischen Kriterien entschieden. Aber Ceta setzt nur ein unverbindliches Dialogforum ein, das keinesfalls Gesetze ändern oder über Zulassungsanträge



Foto: Bodo Schieren/getty

entscheiden darf. Zudem definiert Ceta weder „effizient“ noch „wissenschaftsbasiert“.

So bleibt Spielraum für die EU.

Der Vertrag wird Lobbyisten auch keinen relevanten Informationsvorsprung verschaffen. Denn die EU-Kommission informiert in der Regel schon jetzt im Internet über neue Projekte oder Anträge, lange bevor sie Verordnungen entwirft.

„Die regulatorische Zusammenarbeit ist nur freiwillig“, sagt auch Johannes Klais, Sprecher des Europäischen Verbraucherverbands Beuc, der Ceta ab-

lehnt. „Deshalb haben wir nicht die großen Bedenken wie bei TTIP, dass durch diese Kooperation Gesetzgebung blockiert wird, die die Kommission gegebenenfalls zu bestimmten Pflichtkennzeichnungsthemen auf den Weg bringen würde.“

Beuc macht jedoch eine andere Gefahr aus: das in Ceta vorgesehene Gericht, das über Klagen von Investoren gegen Kanada oder die EU entscheiden soll. Damit könnten Konzerne tatsächlich Verbraucherrechte aushebeln, warnt Klais.

Ceta verpflichtet in Artikel 8.10 etwa Deutschland zu Kompensationszahlungen, falls es kanadischen Investoren beispielsweise durch „gezielte Diskriminierung aus offenkundig ungerechtfertigten Gründen wie Geschlecht, Rasse oder religiöser Überzeugung“ oder durch „offensichtliche Willkür“ schadet. All das dürfte jedoch nicht zutreffen, wenn die EU etwa das Fleisch von Nachfahren geklonter Tiere verbieten würde – unabhängig von ihrem Herkunftsland. Oder vorschreibt, dass Lebensmittel von allen Tieren gekennzeichnet werden müssen, die gentechnisch verändertes Futter bekommen haben.

Selbst der gern von Ceta-Gegnern zitierte Wirtschaftsvölkerrechtler Markus Krajewski sagt dazu: „Mir würde es schwerfal-

len, einen Fall zu konstruieren, in dem ein Unternehmen infolge einer Gentechnik-Kennzeichnungspflicht für alle Hersteller wegen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse oder Religion klagen könnte.“

Aber „Willkür“ zum Beispiel sei im Vertrag nicht definiert. „Das ist ein gefundenes Fressen für Anwälte, die gut bezahlt werden.“ Außerdem könnten die EU und Kanada in einem gemeinsamen Ceta-Ausschuss einvernehmlich weitere Klagegründe festlegen – ohne die Parlamente. Ausgeschlossen seien solche Klagen deshalb nicht.

Aber so groß wie Ceta-Gegner sie darstellen, scheint die Gefahr nicht zu sein.

Eine echte Bedrohung für Milchbauern – in Kanada

Trotzdem bleibt die Frage, warum hochentwickelte Staaten wie Deutschland und Kanada überhaupt ein Extragericht für Unternehmen brauchen. Stephan Schill, Wirtschaftsrechtsprofessor an der Universität Amsterdam und selbst in einem Verfahren Schiedsrichter, antwortet darauf: „Wir haben sogar innerhalb der EU sehr unterschiedliche Standards, was die Rechtssysteme angeht.“

In Rumänien oder Italien etwa sei die Justiz nicht so effizient wie in Deutschland. Aber warum sollte dann auch die

Bundesrepublik eine Sonderjustiz für Konzerne akzeptieren? Weil deutsche Unternehmen in Kanada dann eine von der dortigen staatlichen Justiz unabhängige Gerichtsbarkeit nutzen könnten, argumentiert Schill. Damit zieht er Kanadas Rechtsstaatlichkeit in Zweifel, was kaum einen Schiedsgerichtskritiker überzeugen dürfte.

Das Abkommen ist auch eine echte Gefahr für kanadische Milchbauern. Denn Ceta erlaubt der EU, pro Jahr zollfrei 18.500 Tonnen mehr Käse als bisher in das nordamerikanische Land zu exportieren. Das ist mehr als das Doppelte des jetzigen Kontingents. Da etwa die deutschen Bauern nur rund 23 Cent pro Liter Milch bekommen, die kanadischen aber dank einer staatlichen Begrenzung der Produktionsmenge 50 Cent, wird die EU ihr Kontingent mit Sicherheit ausschöpfen. Sie wird dann rund 8 Prozent des kanadischen Käsemarktes stellen, wie der Verband Dairy Farmers of Canada vorrechnet. Das würde die dortigen Farmen jedes Jahr insgesamt fast 102 Millionen Euro Einnahmen kosten.

Erfahrungsgemäß können große Unternehmen solche Einbußen besser kompensieren als kleine. Am Ende trägt Ceta also zur Konzentration des Milchsektors bei – in Kanada.

ANZEIGE

INITIATIVE
NEUE SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT

Populismus ist gefährlich. Fakten zu TTIP: inism.de/ttip

VORSICHT AUF DEM TRUMPPELPPFAD.



Alle Demos, alles Geile

SERVICE Ein breites Bündnis verschiedener Verbände ruft zur Demo gegen TTIP und Ceta auf. Am Samstag um 12 Uhr beginnt der Protest in sieben Städten, die Veranstalter erwarten insgesamt über 200.000 Demonstranten. Was Sie wissen müssen, was Sie wissen sollten

VON TOBIAS PASTOORS UND MARTIN KAUL

KÖLN TANZT TANGO

Treffpunkt: Deutzer Rheinufer. Extra für Frühaufsteher: 11 Uhr Tangotänzen gegen TTIP, am Bahnhofsvorplatz.
Wanderfaktor: Sportlich: erst Tango, dann noch 6,6 Kilometer.
Highlight der Strecke: Der Dom hat etwa 20.000 Besucher am Tag. Heute sind mehr Demonstranten da.
Redehoffnung: Imke Dierßen schaut für Lobbycontrol Konzernen auf die Finger. Stört sich naturgemäß an intransparenten Verhandlungen.
Was sagt die Landesregierung? SPD dafür, die Grünen dagegen. Neuwahl im Mai 2017.
Größter Ablenkungsfaktor: Kultkneipe Lommerheim, Kölsch 1,50 Euro.

SIGHTSEEING IM LÄNDLE

Treffpunkt: Vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof, protestierprobtes Gelände.
Wanderfaktor: Für Schmalspurdemostranten – läppische 3,6 Kilometer.
Highlights der Strecke: Kurz und viel zu sehen: Neues Schloss, Staatstheater, Landtag, Oper, lohnt sich! Kenner finden auch den Juchtenkäfer.
Redehoffnung: Gottfried Härle. Braut im Allgäu Bier. Er fürchtet, dass die Kennzeichnungspflicht für Gentechnik durch TTIP fällt. Ohne Kennzeichnung sei ein sauberes Bier auf dem Markt chancenlos gegen Massenplörre mit Gentechnik. Gewinnerthema.
Was sagt die Landesregierung? Dagegen, aber wie immer bei Kretschmann auch klar dafür.
Größter Ablenkungsfaktor: Keiner.

EZB UND ÄBBELWOI

Treffpunkt: In Frankfurt am Main geht's an der Alten Oper am Opernplatz los. Prachtbau!
Wanderfaktor: 5,6 Kilometer lange Demoroute, für Hessen ein Kinderspiel.
Highlights der Route: Paulskirche, die Wiege der deutschen Demokratie, Eintritt frei. Für Demofotos mit Feindbildmotiv empfiehlt sich der EZB-Turm.
Redehoffnung: SPD-Oberbürgermeister Peter Feldmann. Soll erklären, warum TTIP und Ceta schlecht für Kommunen sind.
Was sagt die Landesregierung? Die schwarz-grüne Koalition schweigt: also dafür.
Größter Ablenkungsfaktor: Äbbelwoi im Gerippten.

REKORD IN HAMBURG

Treffpunkt: Der Platz vor dem Rathaus, drinnen regiert Olaf Scholz.
Wanderfaktor: Stattlich. Hamburg hält die Rekordroute. Länge: 7 Kilometer. Eltern mit Kind sollten zu zweit kommen. Beim Tragen abwechseln.
Highlight der Strecke: Speicherstadt. Früher lagerten hier Kaffee und Tee aus Übersee. Heute alles voll mit Kreativagenturen: kommt davon, wenn der Handel einbricht.
Redehoffnung: Claudine Niernth vom Verein Mehr Demokratie. Sie will eine TTIP/Ceta-Volksabstimmung.
Was sagt die Landesregierung? Freihandel, ja bitte.
Größter Ablenkungsfaktor: Hamburger SV – RB Leipzig, 15.30 Uhr, Volksparkstadion.

BERLIN VOR DER WAHL

Treffpunkt: Alexanderplatz, leicht zu finden, liegt gleich neben dem hohen Turm.
Wanderfaktor: Anspruchsvoll. 6,5 Kilometer lange Demoroute.
Highlight der Route: East Side Gallery: Alte Mauer mit Graffiti. Beweis, dass auch Abschötung schön aussehen kann.
Redehoffnung: Thilo Bode, Foodwatch-Gründer. Sorgt sich aber nicht nur ums Essen. Evergreen unter den Demorednern.
Was sagt die Landesregierung? Wird morgen neu gewählt. Könnte: Rot-Rot-Grün. Bad for TTIP.
Stärkster Ablenkungsfaktor: „Marsch für das Leben“ um 13 Uhr („Gegen Abtreibung und Sterbehilfe“).

BALLETT IN LEIPZIG

Treffpunkt: Wilhelm-Leuschner-Platz. Das soll was heißen: Leuschner leistete Widerstand gegen die Nazis, wurde 1944 hingerichtet.
Wanderfaktor: Eher ein Spaziergang, 3,9 Kilometer lange Demoroute.
Highlight der Route: Das Gewandhaus. Schicke DDR-Architektur. In der Oper nebenan ab 14 Uhr Tag der offenen Tür mit Ballett, Komödie und Konzert. Familientauglich.
Redehoffnung: Christoph Lieven, war mal Marketing-Berater, plant jetzt lieber Kampagnen für Greenpeace. Könnte es krachen lassen.
Was sagt die Landesregierung? Klares ja zu TTIP und Ceta.
Stärkster Ablenkungsfaktor: Auerbachs Keller.

A MASS AUF DEN FREIHANDEL

Treffpunkt: In München startet und endet die Demo am Odeonsplatz.
Wanderfaktor: Absehbar: 4,4 Kilometer. Aber: RednerInnen müssen sich beeilen. Punkt 16 Uhr ist Schluss mit Protest. Denn dann strömen die Massen zum Oktoberfest. Verkehrschaos garantiert.
Highlight der Strecke: Haus der Kunst. Protziger Nazibau, der Park dahinter ist hübsch.
Redehoffnung: Besuch aus den USA, Ilana Solomon von der wichtigen Umweltschutzorganisation Sierra Club: „In terms of climate and energy policy, TTIP takes us exactly in the wrong direction“.
Was sagt die Landesregierung? Klares CSU-Ja.
Stärkster Ablenkungsfaktor: Lederhosenalarm: Um 12 Uhr heißt es „O'zapft is“ auf der Theresienwiese, nur drei U-Bahn-Stationen vom Odeonsplatz entfernt.

Illustration: Juliane Pieper

Jetzt erst recht: Täglich taz lesen bis zum 2. April 2017 für nur 100 Euro.

Nicht nur zu TTIP: Sonderseiten und Interventionen für die offene Gesellschaft
 Wahlen in Berlin, PräsidentInnenwahl in den USA und in Deutschland, taz Panter Preis Verleihung, die literataz zur Frankfurter Buchmesse, Wahl im Saarland, Wahl in Schleswig-Holstein

Dieses Angebot gilt bis zum 31. 12. 2016 und nur innerhalb Deutschlands. Je eher Sie bestellen, desto günstiger wird es.

www.taz.de/taz-jetzt

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Rudi Dutschke Str. 23, 10969 Berlin